



FÖRDERVEREIN
GEDENKSTÄTTE
BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN



NR. 2 | 2011 | 7. Jahrgang
NACHRICHTENINFO 22

NACHRICHTENINFO 22

IHRE UNTERSTÜTZUNG

Der Förderverein freut sich auf Ihre Mithilfe. Mitglieder können Personen oder Organisationen werden, die dessen Ziele ideell und materiell unterstützen wollen.

Organisationen oder privatwirtschaftliche Unternehmen, die den Förderverein unterstützen, werden von der Gedenkstätte auf Wunsch öffentlich erwähnt.

Für Ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge stellen wir Ihnen eine Spendenbescheinigung aus.

SPENDENKONTO

Förderverein Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen

Commerzbank Berlin
KTO 622 622 900
BLZ 120 400 00

INHALT

Geleitwort	04 05
Nekrolog	06 07
Förderverein ermöglicht Rundgänge für Sehbehinderte und Blinde durch die Gedenkstätte	08 09
Stasi-Haftkrankenhaus wieder geöffnet – FV beteiligt sich an Ausstattung	10
Ausstellung „Im Tigerkäfig der Stasi“	11
Persönliches	12 13
„Staats-Sicherheiten“ im Berliner Abgeordnetenhaus	14 15
Kurznachrichten	16 18
„Jürgen Fuchs Platz“ in Berlin eingeweiht	19
Streit über Ex-Stasimitarbeiter in Stasiunterlagenbehörde	20 21
Linkspartei- Politiker bei Stasi-Abhörmethoden ertappt	22
Linkspartei: Antisemitismusvorwürfe werden lauter	23
Sigrid Paul: „Mauer durchs Herz“	24
Christine Steer: „Rummelsburg mit der Victoriastadt“	25
Ingrid Steiner-Gashi, Dardan Gashi: „Im Dienst des Diktators“	26



Geleitwort



Liebe Mitglieder und Freunde des Fördervereins,

erstmalig seit Gründung des Fördervereins Ende 2003 haben wir zwei Todesfälle zu beklagen. Sigrig Paul und Thomas Korschefsky haben uns verlassen. Wir trauern um unsere verdienten Mitglieder und werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

In wenigen Wochen jährt sich zum 50. Mal der Tag an dem die Kommunisten Berlin geteilt haben. Der Bau der Mauer am 13. August 1961 hat wie kein anderes Ereignis den Bankrott des Sozialismus offenbart. Und 28 Jahre später haben mutige Menschen in Ostdeutschland diese Bankrotteure entmachteter. In einer fünftägigen Filmreihe zeigt die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen die Folgen des Mauerbaus vor 50 Jahren. Spiel- und Dokumentarfilme aus Ost und West erzählen von Schock und Gewöhnung, von Propaganda und Wirklichkeit, vom Flüchten und vom Standhalten und von der unstillbaren Sehnsucht nach Freiheit. Der Förderverein unterstützt dieses Vorhaben finanziell. Denn unzählige Menschen, die bei Fluchtversuchen angeschossen worden waren, kamen anschließend in das Haftkrankenhaus Berlin-Hohenschönhausen und wurden dort mehr schlecht und recht von Stasi-Ärzten „versorgt“.

Der Förderverein hat in dem wieder geöffneten Haftkrankenhaus eine Monitorstation mit DVD-Abspielgeräten zur Verfügung gestellt. Außerdem trägt der Förderverein nicht unbeträchtlich dazu bei, dass blinden Menschen künftig Rundgänge durch die Gedenkstätte ermöglicht werden. Das sind drei Projekte, die unsere Mitglieder und Freunde ermöglicht haben. Der Vorstand sagt herzlichen Dank.

Förderverein und Gedenkstätte nutzen jede Möglichkeit, um über die zweite deutsche Diktatur aufzuklären. Diese Arbeit erfährt steigende Resonanz und bleibt wichtig, da linke Verharmloser nicht müde werden, das SED-Regime

weiß zu waschen. Soeben wurde bekannt, dass der frühere DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler auf der Liste der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September kandidiert. Keßler war in den neunziger Jahren wegen seiner Mitverantwortung für den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze knapp fünf Jahre inhaftiert worden. Die DKP erklärte, sie sei stolz darauf, „mit Keßler auch ein ehemaliges Mitglied der Staatsführung der DDR“ dabei zu haben. Welch ein unappetitlicher Vorgang!

Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass nach langer, auch schwieriger Vorarbeit ein Projekt zwischen der Gedenkstätte und dem Bund erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

So hat vor wenigen Wochen in der Gedenkstätte ein Zeitzeugenbüro seine Arbeit aufgenommen. Hintergrund ist der Wunsch der Bundesregierung, mehr Zeitzeugen zur DDR-Geschichte in die Schulen zu schicken. Bildungseinrichtungen sollen über das Büro kostenlos Veranstaltungen mit Zeitzeugen vermittelt bekommen. Zu diesem Zweck wird ein Stamm von über 200 Personen aufgebaut, die unter der kommunistischen Diktatur besonders gelitten haben. Die Zeitzeugen können auch über das Internet gebucht werden. Auf diese Weise

sollen jährlich bundesweit bis zu 700 Zeitzeugengespräche vermittelt werden. Das Zeitzeugenbüro wird in diesem Jahr voraussichtlich mit mehr als 100.000 Euro unterstützt.

Der Vorstand hofft, dass das neue Nachrichteninfo wiederum auf ihr Interesse stößt. Wenn Sie Kritik, Vorschläge oder gar ein Lob loswerden möchten – wir freuen uns über Ihre Antwort. Vielleicht finden Sie während des Sommers Zeit und schreiben uns. Dann sollten Sie unbedingt die neue Anschrift des Fördervereins beachten. Ab 1. August gilt:

FV Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen
Dinkelsbühler Steig 12
13465 Berlin

Im Namen des Vorstands verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Ihr Jörg Kürschner





Nekrolog

von Jörg Kürschner



Sigrid Paul
* 14. März 1934, † 18. Juni 2011

Der Förderverein hat am 27. Juni Abschied von Frau Sigrid Paul genommen. Auf dem Friedhof Berlin-Kaulsdorf und zuvor während des Trauergottesdienstes in der Jesus-Kirche haben Mitglieder des Fördervereins und Mitarbeiter der Gedenkstätte einer lebenswerten, freundlichen und bescheidenen Frau gedacht.

Seit vielen Jahren hat Sigrid Paul unzählige Besucher durch die Gedenkstätte geführt und über die Menschenrechtsverletzungen der SED-Diktatur informiert. Ihr eigenes Schicksal hat sie eindrucksvoll in dem Buch „Mauer durchs Herz“ geschildert. Wir drucken deshalb die bereits im Nachrichteninfo 10 (2008) erschienene Besprechung dieser lesenwerten Autobiographie erneut ab.

Sigrid Paul ließ kaum eine Veranstaltung in der Gedenkstätte aus, die ihr ein „Lebenselixier“ war, wie ihr Arzt einmal treffend bemerkte. Sigrid Paul war länger krank gewesen, ahnte zuletzt, dass sich ihr Leben dem Ende zuneigte.

So regelte sie in ihren letzten Monaten persönliche Dinge und erbat sich, dass anstelle von Blumen eine Spende an den Förderverein überwiesen werden möge. Dieser Bitte verdankt „ihr“ Förderverein Spenden in Höhe von bisher 705 Euro. „Es sei eine schöne Jahreszeit zu gehen“, hat sie kurz vor ihrem Tod gesagt. Der Förderverein ist sehr traurig, dass sein lebenswertes Mitglied am 18. Juni im Alter von 77 Jahren von uns gegangen ist. Wir werden Sigrid Paul in dankbarer Erinnerung behalten. ■



Thomas Korschefsky
* 16. Oktober 1955, † 10. Juni 2011

Der Förderverein trauert um Herrn Thomas Korschefsky. Im November 2008 ist er unserem Verein als 100. Mitglied beigetreten; zusammen mit seiner Frau Ines Tichter-Korschefsky.

Er hat in Böblingen gelebt und die Gedenkstätte oft besucht; als verantwortungsbewusster Lehrer mit seinen Schülern, als liebevoller Vater mit seinem Sohn und zusammen mit seiner Frau. Die Aufklärung über die Verbrechen der SED-Diktatur war ihm ein Herzensanliegen. Thomas Korschefsky war länger krank, hatte einige Krankenhausaufenthalte zu überstehen. Wir hatten trotz der beträchtlichen Entfernung regelmäßigen Kontakt. „Ich wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und einen Guten Rutch und hoffe sehr, dass man sich mal wieder sehen kann“, schrieb er am 23. Dezember des vergangenen Jahres.

Wir sind traurig, dass sich diese, seine Hoffnung nicht erfüllt hat. Der Förderverein wird Thomas Korschefsky in dankbarer Erinnerung behalten. ■



Förderverein ermöglicht Rundgänge für Sehbehinderte und Blinde durch die Gedenkstätte

von FV-Mitglied Hubertus Fedke



Premiere: Sehbehinderte und blinde Menschen vor ihrem Rundgang durch die Gedenkstätte. Rechts Vize-Gedenkstättenchef Hellmuth Frauendorfer

Seit Mai 2011 bietet die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen regelmäßig Führungen für blinde und sehbehinderte Menschen an.

Der 90-minütige Rundgang ermöglicht es Besuchern, durch Erasten und Zuhören an verschiedenen Haftstationen Justiz in der DDR und Auswirkungen politischer Verfolgung kennenzulernen. Das Konzept ist speziell auf die Bedürfnisse Sehbehinderter ausgerichtet – Geschichte zum Anfassen im wahrsten Sinne des Wortes. So können während der Führungen auch Original-Gegen-

stände wie Trinkbecher, Löffel, Gabel, Handschellen, Schlüssel angefasst werden. Derartige Blindenführungen sind ein Novum in Berliner Gedenkstätten.

Bis Anfang 2013 wird die Gedenkstätte umfassend umgebaut. Für Menschen mit einem Handicap sollen die neuen Ausstellungsräume komplett barrierefrei sein. Die Blindenführungen sind ein Etappenziel auf dem Weg zur Barrierefreiheit. Das Rundgangprojekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Blindenhilfswerk Berlin e.V. erarbeitet und getestet. Finanziell

unterstützt hat es der Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Geplant sind etwa 20 Führungen für Sehbehinderte und Blinde im Jahr. Am 25. Mai konnte das neue Führungskonzept für Menschen mit einem Handicap erstmalig mit einer Besuchergruppe aus dem niedersächsischen Bakum erprobt werden. Bakum ist die kleinste Gemeinde im Landkreis Vechta in Niedersachsen und liegt nahe der Stadt Cloppenburg,

Die rund 50 Sehbehinderten brauchten für den erstmaligen Rundgang mehr als 90 Minuten, da das detaillierte Beschreiben und Erasten der Stationen wesentlich mehr Zeit als die Führungsangebote für Sehende erforderte. Der Gruppe wurde die Örtlichkeit durch Erasten und Zuhören erfahrbar gemacht. Die professionellen Führer hatten sich hervorragend auf diese speziellen Anforderungen eingestellt. Sehbehinderte und Begleitpersonen äußerten sich nach den Rundgängen sehr beeindruckt und gaben konstruktive Hinweise zur Weiterentwicklung des Konzepts.

Die Gedenkstätte weist darauf hin:

Führungsanfragen können an den Besucherdienst (Tel. 030. 98 60 82 30) gestellt werden.

Die Größe der Gruppen ist auf neun Personen inklusive Begleitpersonen beschränkt. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt drei Personen. Größere Gruppen werden geteilt und in kurzem Abstand getrennt voneinander durch die Gedenkstätte geführt. Bei Einzelpersonen-Betreuung können bis zu zwölf Personen teilnehmen.



Geschichte zum Anfassen – für sehbehinderte und blinde Menschen

Stasi-Haftkrankenhaus wieder geöffnet – FV beteiligt sich an Ausstattung

von Jörg Kürschner

An diese Frage hatten sich die Besucherreferenten der Gedenkstätte längst gewöhnt: Am Ende der Führung gehen die Gruppen vorbei an einem lang gestreckten, düsteren Gebäude Richtung Ausgang „Was war früher in diesem Bau“, hieß es dann häufig.

Gemeint war das frühere Haftkrankenhaus des Zentralen Untersuchungsgefängnisses des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Inzwischen ist die aufwändige Sanierung abgeschlossen worden. Das Gebäude kann jeden Mittwoch um 13 Uhr sowie nach Voranmeldung besichtigt werden. Der Förderverein hat aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen 3 200 Euro für eine Monitorstation mit DVD-Abspielgeräten zur Verfügung gestellt.

In dem Krankengefängnis inhaftierte der DDR-Staatssicherheitsdienst vor allem angeschossene Flüchtlinge sowie Häftlinge, die einen Selbstmordversuch hinter sich hatten, in den Hungerstreik getreten waren oder unter einer Haftpsychose litten. Das behandelnde Personal bestand ausschließlich aus Stasi-Mitarbeitern. Diese arbeiteten eng mit den Vernehmern zusammen.

Die Besucher können die historische Alarmanlage wieder hören und die Ampelanlage sehen, mit der verhindert werden sollte, dass sich Häftlinge in den Fluren begegneten. Auch der Schwesternruf und die Überwachungszentrale funktionieren wieder. Im Rahmen der Führungen können die Besucher auch die Krankenzellen, den Operationsaal und die Behandlungsräume besichtigen.

Premiere: FV-Mitglieder führen Besucher durch das Haftkrankenhaus



Ausstellung „Im Tigerkäfig der Stasi“

von FV-Mitglied Hubertus Fedke

In der dritten Etage des „Potsdamer Krimi“ genannten Landtags von Brandenburg fand am 21. Juni 2011 die Eröffnung der Ausstellung zum 50. Jahrestag des Mauerbaus „Im Tigerkäfig der Stasi“ statt. Bis zum 1. August können die Bilder und Zeichnungen zum Thema DDR-Haft sowie Bau und Fall der Berliner Mauer von Gino Kuhn, Mitglied unseres Fördervereins, in den Räumen der CDU-Fraktion im Landtag auf dem Brauhausberg noch angesehen werden. Danach wandert die Ausstellung nach Cottbus, Kiel und Hannover.

Der 55-jährige Künstler schreibt zu seinen Werken: „Meine Bilder sollen ein Mahnmal sein – von dauerhaft-zeitlosem Rang – und wiedergeben, welchen entwürdigenden Haftbedingungen und Demütigungen aller Art die politischen Gefangenen in der ehem. DDR-Diktatur ausgeliefert waren. Für Freiheit und Demokratie mussten viele ihr Leben lassen. Das Erlebte soll in eine breite Öffentlichkeit gestellt werden.“

Gino Kuhn, 1955 in Walldürn (Neckar-Odenwaldkreis) nahe Heidelberg geboren, siedelte als 20-Jähriger in das ehemalige West-Berlin über. Als Fluchthelfer reiste er mehrere Male in die DDR ein, bevor er und drei DDR-Bürger am 23. Oktober 1975 bei einem Fluchtversuch gefasst wurden. Kuhn wurde in der DDR wegen



Der Künstler und sein Werk

„staatsfeindlichem Menschenhandels“ zu sechs Jahren Haft verurteilt. Zweieinhalb Jahre davon saß er in den Haftanstalten in Rummelsburg und Cottbus ein. Von 1980 bis 1982 absolvierte Kuhn eine Ausbildung zum Bauzeichner im Hochbau. Als Mitgestalter gab er die Zeitschrift „Badisch-Sibirien-Express“ heraus. Mit Flugblättern forderte er die Freiheit für alle politisch Verfolgten in der DDR sowie Aufklärung über deren Haftbedingungen.

Mit der Wanderausstellung durch die Landtage soll an die politisch Verfolgten der SED-Diktatur erinnert werden. Gleichzeitig ist die Präsentation der Werke unseres Vereinsmitglieds als Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit zu verstehen.



Persönliches



Mike Fröhnel, Besucherreferent in der Gedenkstätte,
Fotograf: Andreas Engwert

Etwas verwundert schaute Mike Fröhnel, Zeitzuge und Besucherreferent in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, als er Mitte Mai einen Brief aus Amerika bekam. Die Verwunderung war noch größer, als er den Brief geöffnet hatte.

Ein Schreiben des Gouverneurs des US-Bundesstaates Kentucky, Steve Beshear, sowie eine Urkunde hielt er in den Händen. Ihm wurde die Ehre zu Teil, zum „Kentucky Colonel“ ernannt zu werden. Der „Kentucky Colonel“ ist der höchste Ehrentitel des Commonwealth, in dem neben Kentucky auch die US-Bundesstaaten Virginia, Pennsylvania und Massachusetts verfassungsmäßig organisiert sind.

Die Auszeichnung wird verliehen in Anerkennung bemerkenswerter Errungenschaften und großen Engagements

für oder in einer Gemeinschaft, Staat oder Nation. Hiermit soll sein jahrelanger Einsatz gegen die Verharmlosung des DDR-Unrechts und für den Erhalt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen auch über nationale Grenzen hinweg gewürdigt werden. Neben Mike Fröhnel wurde diese Ehre u.a. schon an Muhammad Ali, Bill Clinton, John Glenn, Elvis Presley, Tiger Woods und Ronald Reagan verliehen.



FV-Mitglied Wolfgang Welsch hat den Einsatz der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international gewürdigt. „Der Druck durch die Öffentlichkeit war entscheidend. Dieser hat mich unsichtbar geschützt“, betonte Welsch anlässlich des 50. Bestehens von amnesty. Die Organisation hatte den früheren DDR-Häftling als „Gefangenen des Jahres 1970“ adoptiert. Außerdem hatte sich der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) für die Freilassung von Welsch stark gemacht. Der Schauspieler hat wegen eines Fluchtversuchs, Hochverrats, Hetze und Propaganda mehr als sieben Jahre in DDR-Haft zubringen müssen.

Nach seinem Freikauf durch die Bundesregierung hat Welsch mehr als 220 Menschen zur Flucht aus der DDR verholfen. Die Stasi hat drei



FV-Mitglied und Buchautor Wolfgang Welsch

Mordanschläge auf Welsch verübt, ein Täter wurde nach dem Mauerfall wegen Mordversuchs zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt. Bekannt geworden ist der 67-jährige durch seinen Bestseller „Der Stich des Skorpion. Ich war Staatsfeind Nr. 1“.



FV-Schatzmeister Holger Krestel hat Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse schlechten Stil im Umgang mit DDR-kritischen Wissenschaftlern vorgeworfen. Der SPD-Politiker hatte die Wissenschaftlichkeit eines Gutachtens zur Medienpolitik nach dem Mauerfall angezweifelt, das von der Enquetekommission des Potsdamer Landtags zur Aufarbeitung der Nachwendzeit in Auftrag gegeben worden war. Das fast 130 Seiten starke Papier bescheinigt Brandenburg gro-

ße Lücken bei der Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst und Landtag. So sonderlich seriös ist es nicht“, hatte Thierse formuliert. „Der Ostalgiker Thierse hat den Unterschied zwischen Politik und Wissenschaft auch über 20 Jahre nach dem Mauerfall noch nicht begriffen“, entgegnete der Berliner FDP-Bundestagsabgeordnete.

Offensichtlich wolle er seine brandenburgischen Genossen unterstützen, die durch die Stasi-Enthüllungen der Enquetekommission arg in Bedrängnis gekommen seien.



Holger Krestel, FV-Gründungsmitglied und Berliner Bundestagsabgeordneter



„Staats-Sicherheiten“ im Berliner Abgeordnetenhaus

von FV-Mitglied Andreas Borsch

Auf Einladung des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper, und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) wurde am 6. April das Theaterstück „Staats-Sicherheiten“ im Plenarsaal aufgeführt.

In dem Theaterstück, das auf einem Konzept der Förderkreismitglieder des Potsdamer Hans-Otto-Theaters, Lea Rosh und Renate Kreibisch-Fischer, basiert, erzählen 15 ehemalige Häftlinge der Stasi-Gefängnisse in Potsdam und Berlin-Hohenschönhausen von ihren Erfahrungen vor, während und nach der Haft. Die mittlerweile 31. Aufführung des Stückes (regulär steht es seit 2008 im Hans-Otto-Theater auf dem Spielplan) fand vor einem vollbesetzten Plenarsaal statt.

Walter Momper betonte in seiner Begrüßungsansprache, die Tatsache, dass das Abgeordnetenhaus den Schicksalen ehemaliger politischer Häftlinge der DDR eine Bühne biete, sei ein parlamentarisches Signal gegen das Vergessen und gegen die Verklärung der Vergangenheit.

Johannes Rink, VOS-Bundesvorsitzender, erklärte im Vorfeld: „Mit dem Theaterstück bekommen die Abgeordneten exemplarisch 15 authentische Schicksale ehemaliger politischer Häftlinge frei Haus geliefert, als Mahnung und Handlungsmaxime.“

Aufgrund des beschränkten Platzes im Plenarsaal musste das Bühnenbild auf ein Minimum reduziert werden. Doch das große Improvisationstalent des Regisseurs Clemens Bechtel und vor allem auch der Darsteller sorgte für eine äußerst gelungene Aufführung des Theaterstückes. Die von der authentischen Darstellung bewegten Zuschauer spendeten am Ende langen Applaus und bedankten sich mit Standing Ovations bei den Darstellern. Mit Zwischenapplaus wurde die Videoeinspielung des Auftritts von Hans-Eberhard Zahn von den Zuschauern honoriert, der leider aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich auf der Bühne stehen konnte.

Obwohl alle Mitglieder des Parlamentes eingeladen wurden, fanden sich unter den Zuschauern nicht allzu viele Abgeordnete. Lag es an den interessanten Fraktionsveranstaltungen, wie z.B. bei der SPD-Fraktion der Gesprächsabend mit dem Abgeordneten M. Arndt, der offenbar nicht an einem anderen Tag stattfinden konnte? Bei Bündnis 90 / Die Grünen stand „The kids are alright“ zeitgleich auf dem Programm. Ob hier eine aktuelle Kinokomödie über ein lesbisches Elternpaar mehr Anklang fand?

Das richtige Signal der Fraktionen wäre zumindest gewesen, für diesen Abend keine weiteren Veranstaltungen anzusetzen, wo doch fraktions-



Die Akteure der „Staats-Sicherheiten“, links FV-Gründungsmitglied Hans Eberhard Zahn

übergreifend stets betont wird, wie wichtig die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur ist. Besonders zu „würdigen“ ist immerhin die Anwesenheit eines (!) Abgeordneten der Fraktion Die Linke. In Reihe eins sitzend, ließ sich der hier nicht namentlich Genannte zu zartem Applaus hinreißen. Die an ihn herangetragene Bitte von Vera Lengsfeld, einer Protagonistin des Stückes, einen Brief an die Fraktion zu überreichen, wurde mit der Antwort „Ich bin doch nicht ihr Postbote“ dankend abgelehnt.

Es ist zu wünschen, dass das Theaterstück „Staats-Sicherheiten“ nun auch in anderen Landtagen und im Bundestag – aber gerne mit noch mehr Beteiligung der Abgeordneten – aufgeführt wird.

Die nächste Aufführung im Hans-Otto-Theater Potsdam findet übrigens am 10. September 2011 statt.





Kurznachrichten

■ Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe hat den Umgang mit Stasiverstrickungen im Land Brandenburg kritisiert. „Es irritiert mich, wie nachlässig man in Brandenburg mit den neuen Erkenntnissen über belastete Kader in Polizei und Justiz umgeht. Wer ehemalige Stasi-Mitarbeiter als Spitzenbeamte der Polizei arbeiten oder im Namen des Volkes Recht sprechen lässt, gefährdet das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat“. Zuvor war bekannt geworden, dass es bei 15 Schutzbereichs- und 55 Wachenleitern im Polizeidienst sowie bei 13 von 843 Richtern Hinweise auf eine Stasitätigkeit gibt. Darunter ist ein Richter am Arbeitsgericht Potsdam, der 1984 gegen eine ausreisewillige Familie Haftbefehle ausgestellt hat. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) hatte auf die Entscheidung des Richterwahlausschusses von 1992 verwiesen, die verbindlich sei. Das Gremium hatte damals die Weiterbeschäftigung des Richters befürwortet. jök

■ Ex-DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler kandidiert auf Platz 7 der Liste der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September. Das Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates der DDR war in den neunziger Jahren wegen seiner Mitverantwortung für den Schießbefehl an der innerdeutschen

Grenze knapp fünf Jahre inhaftiert worden. Die DKP ist stolz darauf, „mit Heinz Keßler auch ein ehemaliges Mitglied der Staatsführung der DDR“ dabei zu haben. Kürzlich hatte der 91-jährige sein Buch „Ohne Mauer hätte es Krieg gegeben“ vorgestellt. jök

■ Bei einem Besuch des ehemaligen DDR-Frauengefängnisses Hoheneck hat Bundespräsident Christian Wulff dazu aufgerufen, die Erinnerung an die deutschen Unrechtsregime wach zu halten. Dies sei Verpflichtung und Mahnung zugleich, sagte er im sächsischen Stollberg. Der Bundespräsident äußerte Verständnis, dass die Aufarbeitung des DDR-Unrechts zum Teil für Enttäuschung gesorgt habe. Zu viele Täter seien ungeschoren davongekommen oder hätten nur geringe Buße tun müssen. Andere verharmlosten oder beschönigten bis in die Gegenwart. jök

■ Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe hat in Tunis die Schaffung einer Gedenkstätte für die tunesischen Opfer der Diktatur angeregt. „Auch die tunesische Demokratiebewegung braucht einen Ort, an dem der Opfer der Diktatur gedacht wird“. Als Ort seien die Keller des berühmten tunesischen Innenministeriums geeignet. Dort seien unter Präsident Zine el Abidine Ben Ali zahlreiche Unschuldige inhaftiert und gefoltert worden.

Im Januar war der tunesische Diktator gestürzt worden. Bei seinem von der Hanns-Seidel-Stiftung organisierten Besuch in der tunesischen Hauptstadt zeigte sich Knabe schockiert vom Ausmaß der Verbrechen der Diktatur. „Es macht mich sehr betroffen, dass wir Deutsche jahrelang in einem Land unbeschwert Urlaub gemacht haben, in dem die Menschenrechte derart mit Füßen getreten haben“. jök

■ Der Zugang zu den Stasi-Unterlagen soll bis zum 31. Dezember 2019 verlängert werden. Zudem soll der Personenkreis im öffentlichen Dienst, der auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR überprüft werden kann, ausgeweitet werden. Dies sieht der Gesetzentwurf der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion vor. Die Frist für Stasi-Überprüfungen läuft nach derzeitiger Rechtslage Ende des Jahres aus. Die Koalitionsfraktionen begründen ihr Vorhaben mit dem nach wie vor großen Bedürfnis bei Bürgern, Wissenschaftlern und Journalisten nach Einsichtnahme in die Stasiakten. Insbesondere das Ansehen der Verfassungsorgane und des öffentlichen Dienstes würden Schaden nehmen, wenn keine Möglichkeit der Aufklärung mehr bestünde. Konkret sieht der Gesetzentwurf vor, dass der zu überprüfende Personenkreis auf Beamte und Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes und Bundes-

wehrsoldaten in leitender Funktion ab der Besoldungsgruppe A13 beziehungsweise Entgeltgruppe E13 ausgeweitet wird. Dazu gehören etwa auch Referatsleiter in der Bundes- und Landesverwaltung oder Leiter von Grund- und Hauptschulen. Ausgeweitet werden soll auch die Überprüfungsmöglichkeit auf alle angestellten und ehrenamtlichen Mitarbeiter von Einrichtungen und Mitglieder von Gremien, die mit der Aufarbeitung der DDR-Diktatur befasst sind. Viele dieser Mitarbeiter seien mit sensiblen und verantwortungsvollen Tätigkeiten, etwa der Beratung von Opfern des SED-Regimes, befasst, argumentieren die beiden Fraktionen. Mit dem Gesetzentwurf werde ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die Aufarbeitung des SED-Unrechts weiterhin einen großen Stellenwert besitze, sagte der kulturpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Reiner Deutschmann. jök

■ Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe hat dazu aufgefordert, bei der chinesischen Botschaft in Berlin gegen die Festnahme des Künstlers Ai Weiwei zu protestieren. „Die Vorstellung, dass dieser weltweit bekannte Künstler in einer Gefängniszelle des chinesischen Staatssicherheitsdienstes sitzt, beunruhigt mich sehr. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass internationale Solidarität in einer solchen Situation das Wichtigste ist. ►►

Die Pekinger Behörden sollten wissen, dass sie sich mit ihrer repressiven Politik weltweit isolieren. Es liegt auch im Interesse der Führung, mit den besonnenen Fürsprechern einer Demokratisierung Chinas den Dialog zu suchen, statt es zu einer politischen Explosion wie in den arabischen Staaten kommen zu lassen.“ Knabe regte an, sich per Mail (chinesischeBotschaft@debitel.net) an den chinesischen Botschafter in Deutschland, Wu Hongbo, zu wenden und dabei auch die Freilassung des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo zu fordern. Diesem war von den chinesischen Behörden zur Verleihung des Nobelpreises im Dezember 2010 die Ausreise untersagt worden. Inzwischen ist Ai Weiwei gegen Kautionsfreilassung worden.

■ Der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Siegfried Reiprich, sieht gute Chancen für eine Gedenkstätte im ehemaligen DDR-Frauengefängnis Hoheneck. Dazu sei ein Runder Tisch sinnvoll, sagte er. An ihm sollten der Stollberger Bürgermeister, der Privateigentümer des Gebäudes, ehemalige Insassinnen, der Stasi-Landesbeauftragte und Mitglieder von Land- und Bundestag teilnehmen. Allerdings müssten sich die im gesamten Bundesgebiet lebenden „Frauen von Hoheneck“ als Ex-Häftlinge besser organisieren und zunächst einen eingetragenen Verein gründen.

Für die Gedenkstätte sei eine zivilgesellschaftliche Initiative notwendig, so Reiprich. Er sehe bei allen anderen Beteiligten, darunter auch der Stadt Stollberg, dem Land und dem Bund „viel guten Willen“. Wie eine künftige finanzielle Förderung der öffentlichen Hand erfolgen könne, sei noch unklar, sagte Reiprich. Sie könne weder von den ehemaligen Hoheneckerinnen oder der Stadt Stollberg allein getragen werden, sondern sei vielmehr bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten „richtig angesiedelt“. Hoheneck im sächsischen Stollberg war das größte Frauengefängnis der DDR und berüchtigt für seine unmenschlichen Haftbedingungen mit Dunkel- und Wasserzellen. Viele Insassinnen waren aus politischen Gründen inhaftiert. Die Justizvollzugsanstalt schloss 2001 und wurde danach an einen Geschäftsmann verkauft.

■ Der sächsische Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Lutz Rathenow, hat sich gegen ein zentrales Denkmal für die Opfer der DDR-Diktatur in Berlin ausgesprochen. Menschen sollten besser die Erinnerungsorte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR besichtigen, betonte das FV-Gründungsmitglied während eines Besuchs der Gedenkstätte Bautzen. Der Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Roland Jahn, hatte ein zentrales Denkmal nahe dem Reichstag in Berlin gefordert.



„Jürgen Fuchs Platz“ in Berlin eingeweiht

von Jörg Kürschner



Endlich: Berlin würdigt den Bürgerrechtler Jürgen Fuchs

Zu seinem 12. Todestag am 9. Mai ist in Berlin-Dahlem ein Platz nach dem Bürgerrechtler und Schriftsteller Jürgen Fuchs benannt worden.

Gewürdigt wurde Fuchs von seinem Freund Wolf Biermann. Der Liedermacher zitierte Texte von Fuchs und sang in emotionaler Stimmung vor mehr als 100 Menschen. „Im wunderschönen Monat Mai, als alle Knospen sprangen, da ist mein Freund den letzten Weg nach Nirgendwo gegangen...“

Mit diesen Zeilen – frei nach Heinrich Heines Gedicht aus dem „Buch der Lieder“ und in der Vertonung von Robert Schumann – beginnt das Totenlied, das Biermann vor 12 Jahren für Fuchs geschrieben hat. Jetzt trug er es anlässlich der feierlichen Einweihung des Jürgen-Fuchs-Platzes wie-

der vor. Über Fuchs sagte Biermann, der Berliner Ehrenbürger: „Er war nie ein abgehobener Mensch, er war immer im allerbesten Sinn unten, und er wusste immer, was oben passiert“.

Jürgen Fuchs war in der DDR nach öffentlicher Kritik an der Ausweisung Biermanns im November 1976 verhaftet und für neun Monate in das Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen verbracht worden. Internationaler Protest führte zur Freilassung und Abschiebung nach Berlin (West). Auch dort wurde er von der Stasi bespitzelt. Nach der friedlichen Revolution 1989 wirkte Fuchs an der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der Stasi mit.

Der studierte Psychologe starb am 9. Mai 1999 an Leukämie, mutmaßlich eine Folge der Haft. Der Förderverein hat die von Udo Scheer 2007 herausgegebene Biographie „Jürgen Fuchs. Ein literarischer Weg in die Opposition“ sowie 2009 die Neuauflage seines Buches „Vernehmungsprotokolle“ finanziell unterstützt.



Streit über Ex-Stasimitarbeiter in Stasiunterlagenbehörde

von Jörg Kürschner



Dienstgebäude des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen

Berlin. Die Bundesregierung unterstützt den Plan des Leiters der Stasiunterlagenbehörde, Roland Jahn, Ex-Stasi-Mitarbeiter aus seiner Einrichtung zu versetzen. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) sagte in einem Interview: „Eine Lösung bietet sich möglicherweise durch Abordnungen und Versetzungen an, bei denen der finanzielle Standard und der Status des Betroffenen erhalten bleibt“.

Linke-Fraktionschef Gregor Gysi bezeichnete das Vorhaben dagegen als unfair. Behördenchef Jahn, der seit Mitte März im Amt ist, will 47 in seiner Einrichtung tätige frühere Stasi-Mitarbeiter versetzen lassen. Neumann sagte, das werde dazu führen, dass andere Häuser Mitarbeiter der Stasiunterlagenbehörde übernehmen

müssten. „Ich habe vor, das auch in meinem Bereich umzusetzen. Wir werden Roland Jahn also im Rahmen der rechtlichen Vorgaben unterstützen“, betonte er.

Vor etwa fünf Jahren habe er zum ersten Mal gehört, dass knapp 50 ehemalige Stasi-Mitarbeiter bei der BStU arbeiteten. „Ich konnte es kaum glauben, dies war für mich nicht nachvollziehbar“, sagte der CDU-Politiker. Die damalige Behördenchefin Marianne Birthler, die dies ebenfalls für fragwürdig gehalten habe, habe ihm erklärt, sie habe die Mitarbeiter bereits übernommen, und diese hätten sich seitdem nichts zuschulden kommen lassen, ihre frühere Tätigkeit bei der Einstellung sogar angegeben. Daher gebe es rechtlich keine Möglichkeit,



Herr der Akten: Behördenchef Roland Jahn

sie aus der Behörde zu entfernen. Dagegen sagte Gysi, erhalte es für moralisch nicht einwandfrei, die Betroffenen zu versetzen.

Der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz, warf Jahn vor, als «Eiferer» gegen die betroffenen Mitarbeiter vorzugehen. FV-Mitglied Marco Wanderwitz nannte die Kritik an Jahn absolut daneben. „Ich habe Jahn auch deshalb gewählt, weil ich derselben Ansicht bin, dass es für die Opfer des SED-Regimes unerträglich ist, ausgerechnet in der Stasiunterlagenbehörde auf die Täter von damals zu treffen“, meinte der CDU-Bundestagsabgeordnete.

Jahn erklärte, er halte eine wiederholte Prüfung im öffentlichen Dienst auf



Marco Wanderwitz, FV-Mitglied und CDU-MdB

Stasi-Mitarbeit für sinnvoll. In seiner Behörde würden ständig weitere Akten erschlossen oder rekonstruiert, sagte Jahn in einem Interview. Es könnten also immer noch Informationen hinzukommen. „Wer genau wissen will, ob etwas vorliegt, sollte deshalb alle paar Jahre die Unterlagen prüfen“, sagte er.

Die christlichliberale Koalition hat ein Gesetz vorgelegt, wonach Angestellte im öffentlichen Dienst ohne Anfangsverdacht auf Stasi-Mitarbeit überprüft werden können. Die SPD will Überprüfungen dagegen nur, wenn es konkrete Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit mit der DDR-Staatssicherheit gibt.



Linkspartei- Politiker bei Stasi-Abhörmethoden ertappt

von FV-Mitglied André Gaedecke

Die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Marzahn-Hellersdorf am 2. Mai war recht kurz, denn sie hatte nur einen Tagesordnungspunkt, nämlich den Antrag aller Fraktionen – außer der NPD – den Bezirksstadtrat für Ökologische Stadtentwicklung, Norbert Lüttke (Die LINKE), abzuwählen. Was war dem vorausgegangen?

Am 11. April trafen sich in Lüttkes Dienstzimmer Bezirksbürgermeisterin und Parteifreudin Dagmar Pohle, Wirtschaftsstadtrat Christian Gräf (CDU) sowie das Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mario Czaja (CDU). Thema war das geplante und umstrittene 6000 Quadratmeter große Einkaufszentrum in der Hönowener Straße im Ortsteil Mahlsdorf.

Plötzlich löste sich ein zwischen der Bezirkskarte und der Magnettafel verstecktes Mitschnittgerät und fiel herunter. Nach Aussage der Beteiligten ist Lüttke schnell aufgesprungen und hat das Gerät in seine Tasche gesteckt. Laut einer Pressemitteilung beantragte dieser dann gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren, doch die Bezirksbürgermeisterin kam ihm mit der Einleitung eines solchen zuvor. Bereits am 14. April lagen der BVV Abwahanträge der CDU, der SPD sowie von Bündnis 90 / Die Grünen vor, denen sich die F.D.P. und die Fraktion Die Linke anschloss. Letztere

hatte vorher noch versucht, ihren Bezirksstadtrat zum Rücktritt zu bewegen, um das Problem so schnell wie möglich vom Tisch zu bekommen.

Am 2. Mai lag den Bezirksverordneten nun eine Erklärung von Lüttke vor, in dem dieser den Vorwurf zurück wies, er hätte den Versuch unternommen, das Gespräch ohne Wissen der Beteiligten aufzuzeichnen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Mätz sprach von einer Schande für die gesamte Kommunalpolitik im Bezirk, was die Politikverdrossenheit in der Öffentlichkeit sicherlich nicht mindern werde. Schließlich wurde der Bezirksstadtrat mit 41 Stimmen und der damit erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit abgewählt. Vier Bezirksverordnete stimmten dagegen, drei enthielten sich.

Eine eindeutige Entscheidung wurde gefällt, Fragen bleiben trotzdem. Warum hatte der Bezirksstadtrat nicht die Courage, vor dem Plenum zu seinem Verhalten zu stehen, zurückzutreten und sich zu entschuldigen. Im Gegenteil, er ließ eine schriftliche Erklärung verbreiten, in der er alle Vorwürfe zurückwies und entschuldigte sein Fernbleiben mit gesundheitlichen Gründen. Viel Logik war dabei allerdings nicht zu erkennen. ■



Linkspartei: Antisemitismusvorwürfe werden lauter

von Jörg Kürschner

Die Antisemitismus-Vorwürfe des Zentralrates der Juden in Deutschland gegen die Linke sind in der Partei auf ein unterschiedliches Echo gestoßen. Fraktionsvize Dietmar Bartsch äußerte Verständnis für die Vorwürfe, der Thüringer Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow warf den Kritikern hingegen vor, das Thema Antisemitismus zu instrumentalisieren. Zentralratspräsident Dieter Graumann „hat uns etwas ins Stammbuch geschrieben, das wir sehr, sehr ernst nehmen sollten“, sagte Bartsch. Die Partei habe an dieser Stelle ein Problem, auf das sie mit der jüngsten Resolution der Fraktion angemessen reagiert habe.

Die darin eingenommene Position müsse sie jetzt auch halten. Bartsch widersprach damit dem Parteivorsitzenden Klaus Ernst, der Graumanns Kritik als „vollkommen unangemessen“ zurückgewiesen hatte. „Der Vorwurf des Antisemitismus wird gegen die Linke leichtfertig und inflationär benutzt“, sagte auch Ramelow. Graumann habe Unrecht, wenn er der Partei Antisemitismus unterstelle. „Antiisraelische Äußerungen sind noch kein Antisemitismus“. Ramelow räumte gleichwohl problematische Tendenzen in seiner Partei ein. „Das Verhältnis der westdeutschen Linken zu Israel ist problematisch“. Sozialwissenschaftler aus Gießen und Leipzig hatten der Linkspartei kürzlich in einer Studie eine Zunahme von An-



Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland seit Ende vergangenen Jahres

tisemitismus und Israelfeindlichkeit in den eigenen Reihen vorgeworfen. Auf der Internetseite des Linken-Kreisverbands Duisburg führte ein Link zu einem Aufruf zum Boykott israelischer Produkte unter der Überschrift «Nie wieder Krieg für Israel».

Anfang Juni wandte sich nach dem Parteivorstand auch die Fraktion in einer Resolution gegen Antisemitismus. „Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz“, hieß es in dem Text, der innerparteilich allerdings für Kontroversen sorgte. Zwar wurde der Text in der Fraktion einstimmig beschlossen, zuvor hatten allerdings einige Abgeordnete den Raum verlassen. ■



Sigrid Paul: „Mauer durchs Herz“

von Jörg Kürschner

Allzu oft steht nur das Schicksal prominenter DDR-Häftlinge im Focus der Öffentlichkeit. Dass das SED-Regime meist noch brutaler zuschlug wenn es um weniger bekannte DDR-Deutsche ging, belegt der eindrucksvolle Lebensbericht von Sigrid Paul.

Eindrucksvoll, da die Mutter eines kranken Kindes mit kaum zu beschreibender Kraft um das Leben ihres Sohnes kämpft. Torsten wird im Januar 1961 in Ostberlin geboren und sogleich auf ärztliche Anweisung nach Berlin (West) gebracht. Im Westend-Krankenhaus wird sein Leben gerettet, doch bleibt eine langwierige Nachbehandlung notwendig.

Der Mauerbau im August stellt die Mutter und die Ärzte vor kaum lösbare Probleme. Beherrzte Ärzte im Ostteil sorgen dafür, daß Torsten als Herzpatient getarnt in den Westteil zurückgebracht wird. Gescheitert war zuvor das Bemühen des Ehepaars, ihren Sohn legal in den freien Teil der Stadt zu bringen. Vize-Gesundheitsministers Walter Friedeberger reagiert als Kommunist nicht als Mensch. „Ja wissen Sie, wenn er so krank ist, wäre es doch für alle Beteiligten besser, Ihr Torsten stirbt“.

Die Eltern sind geschockt, treffen Flucht vorbereitungen. Die Flucht durch einen Tunnel scheitert, Sigrid Paul und ihr Mann verschwanden für

18 Monate hinter Gittern. Schließlich werden sie von der Bundesregierung freigekauft, dürfen aber nicht in den Westen ausreisen. Torsten war während der gesamten Haftzeit im Westend-Krankenhaus geblieben; erst im Juli 1965 können die besorgten Eltern ihr Kind wieder in die Arme schließen.

Seit 1994 führt Sigrid Paul Besucher durch die Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. „Diese Arbeit hat mir auch geholfen, mein Trauma zu überwinden“, sagt die tapfere, sympathische Frau.

Ihr Bericht „Mauer durchs Herz“ ist von dem früheren Ostberliner FR-Korrespondenten Karl-Heinz Baum herausgegeben worden, der die ansprechende Gestaltung des Buches besorgt hat.



Sigrid Paul: Mauer durchs Herz. zba.buch 2007. 179 Seiten, 14.90 Euro



Christine Steer: „Rummelsburg mit der Victoriastadt“

von Jörg Kürschner

Gerade einen Tag in seinem Leben hat der einstige DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker in Rummelsburg zugebracht, jenem Areal in Berlin-Lichtenberg, zu dem ein Gefängnis mit weit über 1.000 Häftlingen gehört hat.

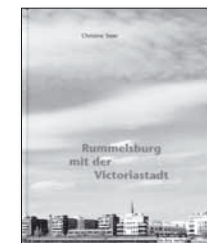
Es war Ende Januar 1990 als der entmachtete Diktator in die Krankenstation der Straf- und Vollzugseinrichtung (StVE) eingeliefert wurde. Tags darauf wurde der Haftbefehl aufgehoben und Honecker in ein kirchliches Pflegeheim gebracht.

Die Autorin beschreibt in ihrem informativen Buch die Geschichte dieses Stadtteils, der dank umfassender Sanierung heute wieder ein beliebter Wohn- und Arbeitsort geworden ist. In Rummelsburg stößt man auf die Untiefen deutscher Geschichte mit preußischen Arbeitshäusern, dem Bewahrungshaus mit Sonderabteilungen für Homosexuelle und „psychisch Abwegigen“ während der NS-Zeit verbunden mit Zwangsarbeit in der Kriegsproduktion. Ab Anfang der fünfziger Jahre nutzte die DDR Rummelsburg als Strafvollzugs- und Untersuchungshaftanstalt. Für viele politische Häftlinge folgte auf Hohenschönhausen die StVE Rummelsburg mit Arbeitspflicht im Dreischichtsystem.

Die Autorin zeichnet ein realistisches Bild von den unerträglichen Haftbe-

dingungen in Rummelsburg. Sie zitiert den Vize-Vorsitzenden des Fördervereins, Matthias Bath, der dort wegen versuchter Fluchthilfe über drei Jahre einsitzen musste. „Er hat die 14 Quadratmeter seiner Zelle, in der er mit fünf Häftlingen zusammengepfercht einsaß, mit Schritten ausgemessen“.

Inzwischen sind die engen Gefängniszellen zu hochwertigen Wohnungen umgebaut worden, vom einstigen Gefängnis ist kaum noch etwas zu sehen. „Die Wohnanlage „Berlin Campus“ wird als das letzte Filetstück der Wasserstadt beworben. „Die Verzweiflung und die Hoffnungslosigkeit hinter diesen Mauern lassen sich nicht einfach überbauen oder wegrestaurieren“, zieht die Leiterin des Museums Lichtenberg ein nüchternes, zutreffendes Fazit.



Christine Steer: Rummelsburg mit der Victoriastadt. Bebra Verlag Berlin 2010. 168 Seiten mit 85 farb./sw. Abb., 24.95 Euro



Ingrid Steiner-Gashi, Dardan Gashi: „Im Dienst des Diktators“

von Jörg Kürschner

Nordkorea gehört zu den Ländern, in denen regierende Kommunisten die Menschenrechte verletzen und die Regeln der Zivilisation außer Kraft setzen. Seit 1948 herrscht dort die Kim-Dynastie. Erst der „große Führer“ Kim Il-sung, nach dessen Tod 1994 dessen Sohn Kim Jong-il, der „geliebte Führer“, der wiederum seinen Sohn Kim Jong-un als Nachfolger bestimmt hat.

Kürzlich ist ein Buch erschienen, das Einblick ermöglicht in das Leben der Diktatorenfamilie und des geknechteten Volkes. Kim Jong Ryul war bis zu seiner Flucht 1994 der Chefeinkäufer, der in Deutschland und Österreich Waffen und Luxusgüter für das Regime besorgte. Die Machthaber vertrauten dem in Nordkorea inzwischen für tot erklärten Überläufer, dem irgendwann Zweifel an seinen Auftraggebern gekommen sind. Während die wohlgenährte Kim-Clique in ihren Palästen die heran geschafften Delikatessen verspeist, leidet das unterernährte Volk und muss sich von Kiefernrinde und Gras ernähren.

Der Verfasser dieser Zeilen hat dies außerhalb der Hauptstadt Pjöngjang selbst beobachtet. Kim Jong Ryul hatte in der DDR studiert und deutsch gelernt, wurde Mitarbeiter des „Personenschutzministeriums“ und als Dolmetscher eingesetzt. In Europa knüpfte er rasch Kontakte zu Firmen, die als Lieferanten einer Diktatur we-

nig Skrupel verspürten. „Noch nie hat ein derart hochrangiger Überläufer im deutschen Sprachraum mit solcher Offenheit erzählt, was es heißt, in Nordkorea zu leben“, schreiben die Autoren Gashi. Anschaulich schildern sie den Lebensweg eines Mannes, der die Öffentlichkeit aufrütteln will.

Die Gefährdung seiner in Nordkorea verbliebenen Familie nimmt er in Kauf. Mit dem Buch gelte er in seiner früheren Heimat als „Vater-Verräter“, sagt Kim Jong Ryul, der wenig Hoffnung auf einen Wandel in Nordkorea hat. „Sie werden mich irgendwann gefangen nehmen und an die Wand stellen. Nicht eine Kugel, 10.000 Kugeln“.

In der nächsten Ausgabe des Nachrichteninfos werden wir über die Ausstellung „Ein Volk hinter Gittern – Das Elend in den Arbeitslagern Nordkoreas“ berichten, die in der Gedenkstätte eröffnet worden ist. ■



Ingrid Steiner-Gashi, Dardan Gashi: Im Dienst des Diktators. Leben und Flucht eines nordkoreanischen Agenten. Ueberreuter Verlag Wien, 2010. 207 Seiten mit Fotos, 19,95 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber:
Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Nibelungenstraße 36 A
13465 Berlin

Telefon/Fax: +49 (30) 22 48 99 20

info@foerdereverein-hsh.de
www.foerdereverein-hsh.de

Redaktion:
Dr. Jörg Kürschner
Andreas Borsch
Hubertus Fedke
André Gaedecke

Layout:
Anne Dück

Auflage:
700 Druckexemplare

BUCHHANDLUNG 89

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Genslerstr. 66
13055 Berlin

und

am Boxhagener Platz
Grünberger Straße 84
10245 Berlin

Telefon +49 (30) 29 04 96 11
Fax: +49 (30) 29 04 96 13

info@buchhandlung89.de
www.buchhandlung89.de

